



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Bureau de l'égalité hommes-femmes
et de la famille BEF
Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann und
für Familienfragen GFB

Rue de la Poste 1, 1701 Freiburg

T +41 26 305 23 86, F +41 26 305 23 87
www.fr.ch/gfb

Freiburg, 25. Januar 2019

Medienmitteilung

Gleichstellung in der Politik: eine Herausforderung für die politischen Parteien

Evolution oder Stagnation? Der Titel stellt direkt die zentrale Frage dieser Publikation, bei der es um die politische Vertretung der Frauen im Kanton Freiburg zwischen 1971 und 2018 geht. Ausgehend von den letzten nationalen, kantonalen und kommunalen Wahlen verschafft sie einen Überblick über die aktuelle Situation und macht Verbesserungsvorschläge. Eine ausgewogene politische Vertretung von Frauen und Männern ist in der Tat grundlegend für die Demokratie und für eine tatsächliche Repräsentativität der politischen Behörden.

Die Vertretung der Freiburgerinnen in den politischen Instanzen auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene zeigt einen stagnierenden, ja sogar rückläufigen Trend. Ein gutes Beispiel für diesen Rückgang ist der Staatsrat (2011: 3 Frauen, 2018: 1 Frau). Aber auch auf Gemeindeebene hat sich die Frauenvertretung bei den Wahlen 2016 nur geringfügig verbessert und die Frauenanteile sind immer noch weit von der Gleichstellung entfernt (Gemeinderäte: 25,2 %, Generalräte: 28,9 %).

Die Situation auch in zwei anderen Institutionen kann ebenfalls als Stagnation bezeichnet werden, wobei sie eine gemeinsame Besonderheit aufweisen: Seit der Einführung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts im 1971 wurde weder eine Frau in den Ständerat noch in eines der sieben Freiburger Oberämter gewählt. Dies, obwohl bei den letzten Wahlen zwei Frauen von ihren Parteien zu den offiziellen Kandidatinnen ihrer Partei für das Amt der Oberamtsperson im Broyebezirk ernannt worden waren.

Rückgang der Kandidatinnenzahl bei den Staatsratswahlen

Die Vertretung der Frauen in der kantonalen Exekutive ist aus zwei Gründen stark zurückgegangen: Zum einen, weil das «bürgerliche Bündnis» aus CVP, FDP und SVP keine weibliche Kandidatur für die Wahlen von 2016 aufgestellt hat, sondern sechs Männer. Aufgrund dieser Situation war die Möglichkeit einer mehr oder weniger ausgeglichenen Vertretung von Frauen und Männern nahezu unmöglich. Zum anderen, weil zwei Frauen während der Legislaturperiode zurückgetreten sind (jeweils 2013 und 2017) und beide durch einen Mann ersetzt wurden. Dadurch wurde die angesprochene Situation von 2011, als zum ersten Mal drei Staatsrätinnen gewählt worden waren, wieder zunichte gemacht – und 2018 sitzt nur noch eine einzige Frau im Staatsrat.

Schritt nach vorne oder Sensibilisierung der Wählerschaft

Im Gegenzug hat die Frauenvertretung im Grossen Rat, der kantonalen Legislative, bei den

Wahlen 2016 im Vergleich zu 2011 um 9,1 Punkte zugenommen und der Anteil der gewählten Frauen betrug nach Wahlschluss 30 %, dies trotz der Tatsache, dass der Anteil an Frauenkandidaturen im Vergleich zu 2011 stabil geblieben war (32,5 %).

Die FDP Frauen (+14,6 Punkte), die SP Frauen (+12,1 Punkte) und die CVP Frauen (+6,9 Punkte) erzielten viel bessere Wahlergebnisse als 2011. Darüber hinaus wurden sowohl die FDP Frauen als auch die SP Frauen häufiger gewählt, als sie auf den Listen vertreten waren, was bedeutet, dass sie verhältnismässig häufiger gewählt wurden als ihre männlichen Kollegen. Aufgrund dieser zwei Hinweise kann die Hypothese aufgestellt werden, dass ein Teil der Wählerschaft sensibilisiert wurde oder zumindest auf die rein männliche Staatsratskandidatenliste des bürgerlichen Bündnisses reagiert hat, indem er Frauen in den Grossen Rat gewählt hat.

Handeln schon im Vorfeld des Wahlprozesses

Über diese wachsenden Ergebnisse hinaus kann festgestellt werden, dass die Zunahme der Zahl der Frauen in der Politik weder automatisch erfolgt noch irreversibel ist. Die Frauenfrage taucht in den Wahlprozessen immer wieder zu spät auf und beschränkt sich manchmal sogar auf den Zeitpunkt der Suche nach Kandidaturen.

Aus diesem Grund gibt das GFB in seiner Schlussfolgerung konkrete Empfehlungen an alle politischen Parteien ab, ungeachtet ihrer aktuellen Praxis. Die Lösung: Den weiblichen Nachwuchs immerzu pflegen, auf allen Ebenen, und zwar schon lange vor den Wahlen.

Den Frauen Schlüsselpositionen innerhalb der Parteien oder der wichtigen Kommissionen anvertrauen, ihre Medienpräsenz fördern, die neu gewählten Frauen unterstützen und ihnen echte Gelegenheit geben, ihre Kompetenzen zu erweitern und ihr Talent unter Beweis zu stellen, die Kandidatinnen während der Wahlkampagne konkret unterstützen und ihre Fähigkeiten aufwerten: So lauten einige der angepriesenen Massnahmenvorschläge.

Auf organisatorischer Ebene empfiehlt das GFB verschiedene Mittel wie z. B. die Festsetzung von Listenquoten, die Organisation und die Finanzierung von Frauensektionen u.v.a.m. Des Weiteren – und um die Frauen für ein politisches Engagement zu begeistern – ist es wichtig, den guten Beispielen mehr Gewicht zu verleihen und sie als Idealbild sichtbar zu machen.

Kontakt

—

Geneviève Beaud Spang, Leiterin GFB, T +41 26 305 23 86

Beilage

—

Frauen und Politik im Kanton Freiburg 2015–2018: Evolution oder Stagnation?